E-01-079-2 Ja zu Europa, Mut zur Veränderung - Europas Zukunft gemeinsam gestalten

Antragsteller*in: Hartwig Berger (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu E-01

Von Zeile 75 bis 80:
Für uns gehört die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ins Zentrum europäischer Politik. Wir wollen vor allem für die junge Generation eine Perspektive schaffen. Ansonsten verliert das Versprechen der EU auf Wohlstand und soziale Teilhabe für alle massiv an Glaubwürdigkeit.

Wir wollen, dass die „europäische Jugendgarantie", die der Europäische Rat im April 2013(!) beschlossen hat, endlich verwirklicht wird: Alle jungen Europäer*innen erhalten spätestens vier Monate nach ihrem Schulabschluss einen Ausbildungs- oder einen Arbeits-Platz. Um das zu verwirklichen, reichen die seinerzeit beschlossenen 6 Mrd. € nicht aus. Wir brauchen zusätzlich ein umfassendes europäisches Investitionsprogramm, vor allem in den Ländern mit hoher Jugendarbeitslosigkeit. Wir schlagen vor, dass sich diese Investitionen auf eine ökologische Modernisierung der Länder konzentrieren, wie in eine umwelt- und klimaverträgliche Energiewende, in der es einen hohen und qualifizierten Arbeitsbedarf gerade für junge Menschen gibt. Die Jugendlichen sollen in der Gründung von Genossenschaften und Einrichtungen der Selbsthilfe unterstützt werden.

Als zusätzlichen Beitrag Deutschlands schlagen wir vor, das 2013 begonnene Förderprojekt Mobi-Pro-EU(„the job of my life"), das die Bundesregierung ab 2017 einstellen will, fortzusetzen, also ein gezieltes, aus Bundesmitteln finanziertes Angebot qualifizierter Ausbildungsplätze für Jugendliche aus europäischen Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit. Statt wie seinerzeit nach dem Gießkannenprinzip, sollte sich das Angebot an Ausbildung allerdings auf Berufe konzentrieren, die für eine nachhaltige Zukunftsgestaltung in Europa wichtig sind. Die Ausgebildeten haben damit die Wahl, später in ihrem Beruf sowohl in Deutschland wie z. B. in ihrem Herkunftsland tätig zu sein.

~~Für uns gehört die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ins Zentrum europäischer Politik. Wir wollen vor allem für die junge Generation eine Perspektive schaffen. Ansonsten verliert das Versprechen der EU auf Wohlstand und soziale Teilhabe für alle massiv an Glaubwürdigkeit. Um~~ Um Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken sind nennenswerte Investitionen notwendig – und zwar dort, wo die Probleme am größten sind. Wir wollen deshalb massiv in die

Nach Zeile 88 einfügen:

Begründung

Die in vielen Ländern ist die extrem hohe Jugendarbeitslosigkeit inzwischen ein Dauertzustand, die teilweise Marginalisierung einer ganzen Generation stellt nicht nur ihre Zukunft, sondern die Zukunft Europas in Frage. Daher sollten wir nicht nur das Problem benennen, sondern konkrete Vorschläge wenigstens kurz benennen, wie dem abzuhelfen ist. Darum dieser Antrag.

Weitere Antragsteller*innen

Antonia Simon (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Gaby Kutt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Delphine Scheel (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Ellis

Huber (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Micaela Haas (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Stefan Ziller (KV Marzahn-Hellersdorf); Jutta Paulus (KV Neustadt/Weinstr.); Kristian Petrick (KV Berlin-Mitte); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Bernd Frieboese (KV Berlin-Reinickendorf); Luca Brunsch (KV Kiel); Ingrid Lambertus (KV Mainz); Dieter Kaufmann (KV Frankfurt a.M.); Christiane Fry (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Oliver Münchhoff (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Christoph Wapler (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Herbert Nebel (KV Charlottenburg-Wilmersdorf); Uwe Szelag (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)